

Dokumentation

Wahlprogrammatische Aussagen auf kommunaler Ebene zu Fragen partizipativer Haushaltspolitik

Zusammenstellung: Dr. Petra Brangsch

Rosa-Luxemburg-Stiftung – Seminarmaterial zur Reihe „Partizipative Haushaltspolitik“ September 2004

Achim

Bündnis 90/Grüne Ortsverband 04.06.2004

Bürgerhaushalt

- Auszug -

Was nutzt ein Bürgerhaushalt?

Die meisten Kommunen stehen heute im Hinblick auf ihren Haushalt und ihre Finanzen mit dem Rücken an der Wand. Es gilt, Prioritäten zu setzen. Aber auch politische Entscheider in Kommunen, deren Haushalt vergleichsweise gesund ist, sind spätestens während der jährlichen Haushaltsberatungen aufgefordert, Mittel und Budgets umzuverteilen, das Leistungs- und Aufgabenspektrum zu überdenken und Schwerpunkte zu setzen. Oft sind Haushaltsentscheidungen das Ergebnis von kurzfristigen Sach- oder Sparzwängen. Selten gehen dem Haushaltsbeschluss wirkliche politische Priorisierungsprozesse voran, eingebettet in eine gesamtstädtische strategische Ausrichtung. Und noch seltener werden Bürgerinnen und Bürger gehört, bevor über Einsparungen, Umverteilungen, Kredite oder neue Aufgaben und Investitionen in der Kommune entschieden wird.

Wem nutzt es, Bürgerinnen und Bürger im komplexen Entscheidungsprozess zum städtischen Haushalt zu konsultieren? Dafür sind doch die demokratisch legitimierten Ratsvertreter da! Das stimmt natürlich und daran wird auch nicht gerüttelt. Wir haben uns aber die Frage gestellt, ob politische Entscheidungen über den Haushalt „besser“ werden können, wenn man vorher darüber mit den Bürgern einen Dialog geführt hat und ein Bild davon erhalten hat, welche Themen wichtig und welche weniger wichtig sind. Wohlgemerkt - es geht um einen Dialog mit den Bürgern einer Stadt und nicht nur darum, die organisierten Interessen und Prioritäten der Bürgerinitiative X, des Vereins Y und des Trägers Z zu kennen.

Wir denken – und dies bestätigen die Ergebnisse der Modellversuche in NRW - dass Politik, Verwaltung und Bürger sehr wohl vom Bürgerhaushalt profitieren können. Weil die Offenlegung des kommunalen Haushalts zu einer deutlich höheren Akzeptanz und Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt führt, gerade auch im Hinblick auf unangenehme Haushaltsentscheidungen in kritischen Zeiten. Dies hat nichts damit zu tun, Bürgerinnen und Bürger darüber abstimmen zu lassen, ob besser das städtische Schwimmbad oder die Bibliothek geschlossen oder gebaut werden soll. Es geht nicht um direktdemokratische Entscheidungen durch die Bürger. Es geht auch nicht nur darum, ein Meinungsbild zu einzelnen kommunalen Projekten oder Investitionsvorhaben zu erhalten. Es geht darum, der Politik im schwierigen Entscheidungsprozess über den Haushalt eine Entscheidungshilfe zu geben, indem sie sich im Vorfeld die Meinungen und Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger zu den lokalen Problemen und Herausforderungen angehört hat.

...

Fazit

Die Grünen in Achim schlagen den Bürgerhaushalt als Abrundung der vielfältigen Aktivitäten der Stadt zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor. Unser Ziel ist eine effiziente Verwaltung und ein aktives Gemeinwesen in Achim. Der Bürgerhaushalt kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Arnsberg

Die Wahlaussagen der CDU Arnsberg zur Kommunalwahl am 12. September 1999

- Auszug -

...

BÜRGERINNEN UND BÜRGER AKTIV BETEILIGEN; VERWALTUNG UND POLITIK FÜR DIE BÜRGERSCHAFT ÖFFNEN.

Wir wollen die Öffnung der Politik und Verwaltung zum Bürger und allen lokal wirkenden Kräften. Dies bedeutet nicht nur das weitere Optimieren der Dienstleistungen. Dies bedeutet vor allem demokratische Teilhabe von allen, von Frauen und Männern, von Leistungsstarken und Benachteiligten, von Jungen und Senioren.

Der durch die Verwaltungsreform geschaffene Übergang vom Verwalten zum Gestalten und Erneuern schließt also auch das "Gestalten lassen" durch die Bürgerinnen und Bürger ein.

Dies bedeutet Teilhabe an der Planung, Entscheidung, aber auch an der Ausführung der Dinge, die unsere örtliche Gemeinschaft angehen. Wir wollen durch vernetztes Handeln eine bürgerzentrierte und partnerschaftliche Lösung öffentlicher Aufgaben ermöglichen und umsetzen.

· Wir werden die Bürgerinnen und Bürger an den Planungen der Stadt aktiv beteiligen. Keine Planung ohne Bürgerinnen und Bürger. Ergänzt durch Umfragen und Qualitätszirkel.

· Wir werden einen ganz neuen Weg der Bürgerbeteiligung gehen und den städtischen Haushalt der Bürgerschaft vorstellen und ihn gemeinsam mit ihr vor dem endgültigen Ratsbeschuß erörtern. Für diesen neuen Bürgerhaushalt werden die kommunalpolitischen Ziele und Vorhaben in den nächsten Jahren für den Laien verständlich aufbereitet und erläutert. So können die Bürgerinnen und Bürger Anregungen, Vorschläge und Kritik unterbreiten. Das macht städtisches Handeln transparent und eröffnet neue Chancen für die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Politik.

Bruchsal

Wahlprogramm der SPD 2004

- Auszug-

1. Transparenz und Bürgerbeteiligung – Grundlagen einer modernen Kommunalpolitik

...Bürgerbegehren und Bürgerhaushalt

Die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist essentiell für unsere Demokratie. Nur wenn die Meinung der Menschen ernst genommen wird, kann erfolgreich mit ihnen zusammen Politik gestaltet werden. Wir wollen deshalb die Zulässigkeit für „Bürgerbegehren“ in der Hauptsatzung erheblich erweitern...

Weiterhin wollen wir einen transparenten „Bürgerhaushalt“ einführen. In dem Modell, das sich in der Stadt Rheinstetten schon seit Jahren bewährt, wird für die Bürgerinnen und Bürger, der oft schwer zu verstehende Haushalt übersichtlich publiziert. Die Bevölkerung kann so sehen, woher Steuergelder in unserer Stadt tatsächlich hinfließen. Darauf aufbauend ist Verwaltung und Gemeinderat wesentlich leichter möglich, eventuelle Einsparungen an bestimmten Projekten zu erklären. Es besteht sogar die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger durch Umfragen direkt an der Prioritätensetzung im jeweiligen Haushalt beteiligen ...

Bad Honnef

FDP-Programm für die Kommunalwahl am 26. September 2004:

Vertrag mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bad Honnef
- Auszug -

...

Unser Vertrag mit den Bürgerinnen und Bürgern

1. Bürgerinnen/ Bürger und Verwaltung

Ein Schwerpunkt liberaler Politik in Bad Honnef ist, die Verwaltung bürgerfreundlich zu gestalten und die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung zu verbessern.

...

Wir fragen, „Was kann die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger tun?“

Wir sagen:

Die Verwaltung soll

- die Arbeit von Politik und Verwaltung transparenter zu gestalten. Kommunale Entscheidungsprozesse müssen offen gelegt, die Inhalte von Bekanntmachungen und Beschlüssen verständlicher werden
- das Instrument Bürgerversammlungen zur Einholung der Bürgermeinung verstärkt einsetzen *ab 2005
- die Zuständigkeiten von Bund, Land und Kommune offen legen. Die Information für den Bürger soll verbessert werden. Die Antworten auf häufig gestellte Fragen könnten im Rathaus publiziert werden *bis Sommer 2005
- den städtischen Haushalt zu einem Bürgerhaushalt gestalten und mit dem Bürger diskutieren. Dazu gehören sinnvolle und verständliche Erläuterungen der Haushaltsbilanzen *bis Dezember 2005
Verordnungen kurz halten, Gültigkeiten begrenzen und verständliche Kommentare dazu für den Bürger verfassen *Sommer 2006
- die moderne Technik nutzen, um die Kommunikation und Transparenz in den Verwaltungsvorgängen zu fördern: Dazu gehören Umfragen, bessere Informationen, virtuelle Diskussionsforen *2009

Bremen

Wahlprogramm der PDS 2003

Beteiligungshaushalt

In den vergangenen Jahren sind Millionen von Euros in unsinnigen Großprojekte im wahrsten Sinne des Wortes: vergraben worden. Der Nutzen eines SpacePark für die Bremerinnen und Bremer ist gleich null - die Kosten gigantisch. Auf der anderen Seite werden Schwimmbäder geschlossen, die soziale Infrastruktur Bremens nachhaltig ge- und irgendwann zerstört. Die große Koalition wird nicht müde, uns weiszumachen, zu dieser Politik, die auch von den meisten anderen Kommunen Deutschlands betrieben wird, gebe es keine Alternative. Doch das ist schlicht falsch. Es gibt diese Alternative und sie wird bereits praktiziert:

Die BürgerInnen einer Stadt entscheiden selbst über die Investitionen, die durch die öffentliche Hand getätigt werden. Dieses Modell eines Beteiligungshaushaltes wird erfolgreich seit 14 Jahren in der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre durchgeführt. Der Erfolg besteht darin, dass Korruption und Vetternwirtschaft nahezu der Vergangenheit angehören und von Jahr zu Jahr mehr Menschen sich an der Aufstellung des Investitionshaushaltes beteiligen. Millionengräber wie in Bremen sind in Porto Alegre nicht möglich.

Die PDS in Bremen setzt sich dafür ein, mehr BürgerInnenbeteiligung auch im Planungsstadium möglich zu machen und fordert einen Modellversuch Beteiligungshaushalt für Bremen.

Dresden

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bürgerhaushalt

Die Bürger/innen der Stadt Dresden hatten bisher wenig Möglichkeiten, trotz gesetzlich vorgeschriebener Offenlegung des Haushaltsentwurf, auf den Haushalt der Stadt Dresden Einfluß zu nehmen. Über die Einwendungen wurde zwar formal im Stadtrat beraten, aber es gibt nicht einmal eine Rückmeldung über das Ergebnis. Die zunehmend schwierige finanzielle Lage, deren Folgen für viele Bürger/innen spürbar werden, hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen in Haushaltsfragen mitreden wollen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf das Modell des Bürgerhaushalts und unterstützen entsprechende Initiativen in Dresden. Da eine direkte Beteiligung der Bürger/innen in der Sächsischen Gemeindeordnung nicht vorgesehen ist, fordern wir Stadtrat und Stadtverwaltung auf, es auf diesem Weg freiwillig den Bürger/innen zu ermöglichen, Verantwortung zu übernehmen.

Bürgerhaushalt bedeutet, dass

1. die Bürger/innen rechtzeitig informiert werden, welche finanziellen Spielräume überhaupt noch bestehen,
2. sie bei ausgewählten Themen unter realistischen, mit allen Folgekosten dargelegten Alternativen wählen können und
3. Stadtrat und Stadtverwaltung die Ergebnisse einer derartigen Bürgerbeteiligung zur Grundlage ihrer Arbeit machen und Rechenschaft darüber ablegen.

August 2004

Fraktion Bündnis90/Grüne/Freie Wähler im Stadtrat Dresden

Rubrik | Thema *Haushalt/Finanzen*

Bürgergutachten zur Haushaltplanung 2005

Wir begrüßen, dass der Oberbürgermeister unsere schon seit längerer Zeit unterbreiteten Vorschläge für einen Bürgerhaushalt nun mit einem ersten Schritt umsetzen will. Ein Bürgergutachten kann ein wichtiger Baustein zu einem Bürgerhaushalt werden. Wichtig ist, daß seine von der Politik nicht wieder gekippt werden und im Haushalt wirklich umgesetzt werden. Entsprechende Kontrollen und Berichterstattungen über den Haushaltsvollzug an die Bürger sowie Transparenz bei der Besetzung der Gutachtergruppe durch Fachleute und Vertreter der Bürgerschaft sind ebenfalls unverzichtbar. Von einer solchen Bürgerbeteiligung, die nicht verpufft, profitieren die verschiedensten Interessengruppen in der Stadt ? das zeigen die Erfahrungen andernorts. Auch der Akzeptanz der gewählten Repräsentanten unserer Stadt im Rathaus würde sich dadurch verbessern. Das Interesse in der Bürgerschaft ist ja bekanntlicherweise bereits vorhanden. Die Vorbereitungen für das Bürgergutachten zum Haushalt 2005 müssen nun zügig angegangen werden, damit es für die laufende Haushaltplanung nicht zu spät kommt. Gleichzeitig wollen wir, zwischen Oberbürgermeister und allen Fraktionen Eckpunkte für eine schrittweise Einführung des Bürgerhaushaltes vereinbart werden. Wir fordern alle Fraktionen des Stadtrates auf, sich daran konstruktiv zu beteiligen.

Pressemitteilung 19. April 2004

Eva Jähnigen, Fraktionssprecherin

Chemnitz

Kommunalwahlprogramm der PDS für die Jahre 2004 – 2009

beschlossen am 28. Februar 2004

- Auszug -

Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement stärken

Die kommunale Selbstverwaltung lebt davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen, die ihr Leben unmittelbar berühren, beteiligen und sich für die Kommune engagieren. Dies zu unterstützen ist ein erstrangiges Anliegen der PDS.

Wir setzen uns ein:

- für die Stärkung der Rolle des Stadtrates, der höchsten, demokratisch legitimierten Bürgervertretung, gegenüber der Stadtverwaltung
- für den Ausbau der Zustimmungspflicht durch den Aufsichtsrat bei grundlegenden wirtschafts- und tarifpolitischen Entscheidungen in kommunalen Betrieben
- für eine größere Bürgernähe und Transparenz der Stadtverwaltung (Gläsernes Rathaus), verbunden mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger angepassten Öffnungszeiten der Verwaltung, Sprechstunden des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister sowie stadt- und ortsteilbezogenen Sprechstunden zu territorialen Problemen
- für Bürgerforen in allen Stadtteilen zu Schwerpunkten der Stadtentwicklung sowie ein flächendeckendes Netz von Bürgerservice-, Beratungs- und Begegnungsstellen für alle Einwohnerinnen und Einwohner
- für die Gestaltung eines Bürgerhaushaltes, in dem die Bürgerinnen und Bürger festlegen, nach welchen Prämissen der jährliche Haushalt gestaltet wird
- für die Einbeziehung weiterer sachkundiger Bürgerinnen und Bürger in Beiräte sowie in die Arbeit der Ausschüsse
- für die Berufung eines Jugendparlamentes, das jungen Leuten ab dem 14. Lebensjahr die demokratische Mitsprache bei parlamentarischen Entscheidungen und Beschlüssen ermöglicht
- für die Berufung eines Frauenbeirates.

Gemeindeverband Ganderkesee

CDU

Zu Hause fängt die Zukunft an! Aktiv für Sie

Wahlprogramm 2004

- Auszug -

...

Finanzen

- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ohne Netto-Neuverschuldung und Abbau der Alt-schulden.
- Kosten-/Nutzenanalyse öffentlicher Einrichtungen. Transparenz von Einnahmen und Ausga-ben.
- Der Bürger soll erfahren, was öffentliche Einrichtungen kosten und wofür seine Steuern und Abgaben ausgegeben werden (Produkt- und Bürgerhaushalt).
- Vermeidung von Steuern und Abgabenerhöhungen.
- Kostenmanagement, damit erzielte Einsparungen sichtbar werden.
- Überprüfung der Effizienz der Verwaltung.

Kreis Germersheim

Bündnis 90/Grüne - Bausteine zur Kommunalwahl 2004

Damit Sie wissen, wo ihr Geld hingeht.

Grüner Wahlbaustein: **Bürgerhaushalt**

Bisher haben die BürgerInnen im Kreis grundsätzlich nur eine einzige Möglichkeit, auf die Politik des Kreises einzuwirken, nämlich durch Wahlen. Wir wollen die Einwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten aller Menschen, die in unserem Kreis wohnen, verstärken. Dafür wollen wir auf Landesebene die Kriterien für die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid verbessern, so dass diese Instrumente der direkten Beteiligung nicht, wie bisher in den meisten Fällen, an den eingebauten, viel zu hohen Hürden scheitern müssen. Auch auf der Kreisebene wollen wir die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ausweiten, unter anderem durch die Einführung eines „Bürgerhaushalts“ auf Kreisebene. Hierbei werden die interessierten BürgerInnen in einem ersten Schritt in verständlicher Form von der Kreisverwaltung darüber informiert, für welche Aufgaben wie viel Geld vom Kreis ausgegeben wird. Danach sollen sie selbst unter Anleitung von ExpertInnen ihre Vorstellungen für eine sinnvolle Verteilung der Gelder auf Kreisebene entwickeln. Diese Vorstellungen werden dann im Kreistag diskutiert und im Idealfall auch von ihm übernommen. Dieses Modell des Bürgerhaushalts wird bereits in vielen Kommunen in Deutschland mit großem Gewinn sowohl für die interessierten BürgerInnen als auch für die Kommune verwirklicht. Bündnis 90/Die Grünen ist es wichtig, die Kluft zwischen Kreispolitik und Bürgerinteresse zu schließen und die Menschen in unserem Kreis durch geeignete Instrumente stärker an den wichtigen politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Ihre Ansprechpartnerin:

Friedel Grützmacher, Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz und Kandidatin für den Kreistag

Jüchen

CDU verabschiedet Kommunalprogramm 2004 – 2009

Am 14. Juli 2004 stand bei der CDU-Mitgliederversammlung im Haus Katz die Diskussion und Verabschiedung des neuen Kommunalprogramms im Mittelpunkt. Margarete Kranz stellte das Geleistete und die neuen Vorhaben in den zahlreichen Bereichen vor. „Wir haben ein umfassendes Programm für die Gemeinde Jüchen bis 2009 erarbeitet und zeigen für die Zukunft klare Perspektiven auf“, so Kranz. „Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern will ich aus Jüchen eine Bürgerkommune machen. Ich möchte u.a. einen Bürgerhaushalt vorlegen, Transparenz schaffen, den Informationsaustausch verbessern und Bürgerbeteiligung über das rechtlich gebotene Maß hinaus erwirken. Daraus verspreche ich mir eine verstärkte Identifikation der Bürgerschaft mit der Gemeinde und damit auch eine bessere Qualität und Akzeptanz der politischen Entscheidungen. Für diese Arbeit in den nächsten Jahren haben wir als Bürgerpartei klare Leitlinien und eine starke Ratsmannschaft“. Der von Frau Kranz vorgestellte Entwurf fand großen Zuspruch und wurde nach kurzer Diskussion einstimmig beschlossen.

Kirchheim

Programm der SPD Kirchheim für die Kommunalwahl am 13. Juni 2004

- Auszug -

Lebensqualität der Menschen verbessern

...Mit einem so genannten Bürgerhaushalt wollen wir mehr Transparenz beim Finanzgeschehen herstellen und in der Bürgerschaft mehr Verständnis für die finanzielle Lage der Stadt wecken.

10.05.2004

Meschede

SPD Kommunalwahlkampf 2004

- Auszug -

Bürgerkommune und Bürgerhaushalt.

Die Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter der Kommunen.
Von der Wettbewerbsfähigkeit hin zu sozialem Zusammenhalt und Partizipation. Vom Markt oder dem Kunden zur Bürgerschaft, so muss die Blickrichtung sein. Nicht der Kunde gibt die Aufgaben vor, sondern die Bürgerschaft. Dies bedeutet auch eine stärkere politische Argumentation. Dienstleistungsunternehmen und Bürgerkommune sind keine Gegensätze. Im Gegenteil: Eine grundlegende Verwaltungsreform ist die Bedingung für eine Bürgerkommune. Wir müssen mehr in die Hände der Bürger legen. Die Bürger wollen das auch. Sie identifizieren sich mehr mit ihrer Stadt, wenn sie selbst gestalten können, ohne immer gleich Vorschriften zu bekommen .

Oerlinghausen

Kommunalwahlprogramm 2004 – Bündnis90/Die Grünen

- Auszug -

Stadt der Bürgerbeteiligung

Bürgerhaushalt

Die Stadt Oerlinghausen soll sich kurzfristig an dem Projekt "Bürgerhaushalt" beteiligen, das bereits in anderen Kommunen erfolgreich eingeführt wurde. Vor allem in Zeiten knapper werdender finanzieller Mittel kann dieses Instrument auch zum gegenseitigen Verständnis zwischen Politik und Bürgerschaft und zum Abbau von Vorbehalten beitragen.

Osnabrück

Kommunalwahlprogramm der FDP 2001 - Auszug -

Solide Finanzen, nachhaltige Finanzpolitik

Gute Finanzpolitik denkt an die nächste Generation. Solide Haushaltsführung ist die Grundlage für eine langfristig positive Entwicklung der Stadt. Ein Viertel des Haushalts wird inzwischen für den Schuldendienst benötigt. Dies fehlt für politische Gestaltungsmöglichkeiten, dies fehlt für Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus wird durch die Gründung von Eigenbetrieben, durch die Ausgliederung in GmbHs, AGs etc die wahre Schuldenlage der Stadt verschleiert.

Wir Osnabrücker Liberale wollen deshalb mit eiserner Ausgabedisziplin, mit Verzicht auf städtische Allzuständigkeit den Verwaltungshaushalt herunterfahren.

Im einzelnen fordert die FDP, dass

- sachgerechtes Handeln mit solidem Finanzgebaren endlich das Regelverhalten ist (die Große Straße ist zum abschreckenden Musterfall rot-grüner Finanzpolitik geworden)
- nicht-hoheitliche Aufgaben der Stadtverwaltung privatisiert werden (keine Scheinprivatisierung mit verringerter öffentlicher Kontrolle).
- in den Aufsichtsräten der stadteigenen Gesellschaften qualifizierte, vom Rat delegierte Personen die Kontrolle ausüben. Ein Finanzskandal wie beim Klinikum Osnabrück darf nicht wieder passieren.
- alle Ratsmitglieder in die Akten der kommunalen Eigengesellschaften volles Einsichtsrecht haben.
- durch Strukturreform Personalkosten in der Stadtverwaltung verringert werden.
- Investitionen mit direkter Sparwirkung Vorrang haben.
- die Folgekosten von Investitionen für die Folgehaushalte berücksichtigt sind. - Anteile der OWG und der Stadtwerke verkauft werden.
- die Sparkasse in eine freie öffentliche Sparkasse (Bürgerkasse) umgewandelt wird.
- städtische Vermögenswerte öffentlich angeboten und verkauft werden.
- städtische Nettokreditaufnahmen verboten werden.
- die Aufstellung des kommunalen Haushalts mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung (z.B. Planungszellen) realisiert wird: »Bürgerhaushalt«
- Nebenhaushalte im Haushaltsplan offengelegt werden.
- konsumtive Ausgaben vorrangig reduziert werden.

öffentliche Aufträge auch von den stadteigenen Gesellschaften nach der VOB/A vergeben werden - Modelle entwickelt werden, die den Bürgern eine breite Beteiligung an den Gesellschaften ermöglichen, die sich derzeit zu 100% im städtischen Besitz befinden.

Ottweiler

Zukunftsprogramm der CDU (Saarland) für die Kommunalwahlen 2004

- Auszug -

Kommunaler Haushalt: starke Einnahmen statt hoher Gebühren

- Stärkung der Einnahmen durch Gemeindefinanzreform nach CDU-Konzept
- Haushaltsentlastung durch Privatisierung kommunaler Tätigkeiten
- Kosteneinsparung durch interkommunale Zusammenarbeit und konsequentes eGovernment
- Transparenz und Beteiligung durch einen kommunalen Bürgerhaushalt
- Demographie-Check aller Haushaltsbereiche
- Gebühren, Steuern und Lasten langfristig senken

Schwaikheim (Ba-Wü)

SPD
Kommunalwahlen 2004
- Auszug -

Dafür stehen wir:

Bürgerengagement fördern

Die Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern muss von der Kommune anerkannt und unterstützt werden. Deshalb sind wir für:

- Eine Anlaufstelle für Bürgerschaftliches Engagement und die Anliegen der Vereine bei der Verwaltung
- Themenbezogene „Runde Tische“, bei denen Bürgerinnen und Bürger, Gemeinderat und Verwaltung gemeinsam diskutieren und kreative Lösungen suchen. Mögliche Themen: Bürgerhaushalt, Ortskerngestaltung, Nahversorgung, Energie und Klimaschutz, Kinderbetreuung, Spielplätze, kulturelle Aktivitäten, Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen ...
- Eine Umfrage bei den Vereinen zu ihren Angeboten und ihren Bedürfnissen, vor allem zum Thema Räume

Strasbourg

Kommunalwahlprogramm - PDS

- Auszug -

Wir werden auch in den kommenden fünf Jahren verantwortungsbewusst und beharrlich für das Wohl der Stadt eintreten.

Für uns als PDS heißt das:

- Wir werden uns der Probleme der hier lebenden Menschen annehmen und gemeinsam mit ihnen nach tragfähigen Lösungen suchen - eingeschlossen die spezifischen Bedingungen der Ortsteile.
- Der Haushalt der Stadt soll zu einem Bürgerhaushalt werden. Das gelingt nur, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner von ihren demokratischen Mitbestimmungsrechten reger Gebrauch machen.

Wesseling

Kommunalwahlprogramm 2004 - Bündnis90/Die Grünen

- Auszug -

Wir wollen den Bürgerhaushalt einführen.

Eine hervorragende Möglichkeit der Bürgerbeteiligung bietet das Konzept des "Bürgerhaushalts". Die Beratungen zum Haushalt der Stadt bilden die Grundlage der Entscheidungen des Stadtrates. In diesen Beratungsprozess sollen die Bürgerinnen und Bürger mit einem Vorschlags- und Antragsrecht aktiv mit einbezogen werden.

Witten

Das Kommunalwahlprogramm der Wittener SPD 2004

Witten verändern

Entwicklung Gestaltung Zukunftsfähigkeit

- Auszug -

...

Ehrenamtliches Engagement

Das vom nordrhein-westfälischen Innenministerium und der Bertelsmann-Stiftung durchgeführte Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ war ein großer Erfolg. Mit diesem Projekt ist der Nachweis erbracht worden, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung eines kommunalen Haushalts sehr gut möglich ist. Verständliche Antworten auf die Frage, für welche Aufgaben die Stadt ihre Gelder ausgeben will, und die Bereitschaft, die vielen Ideen der Menschen bei der Aufstellung des Haushalts zu berücksichtigen, sind die Kernelemente des kommunalen Bürgerhaushalts. Die produktive Auseinandersetzung über die Finanzen der Stadt werden zu einem neuen Gemeinschaftsverständnis von Bürgern, Rat und Verwaltung führen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Witten der kommunale Bürgerhaushalt eingeführt wird.

Zülpich

Wählervereinigung „Junge Alternative“

- Auszug aus dem Wahlprogramm -

Mehr Demokratie wagen

Die Deckungslücke im Zülpicher Haushalt engt den Gestaltungsspielraum immer stärker ein. Die JA fordert von Bund und Land massiv eine grundsätzliche Neustrukturierung gemeindlicher Finanzen. Doch auch Zülpich muss seine Aufgaben erledigen und mit dem vorhandenen Geld verantwortungsbewusst und effizient umgehen. Um die kreativen, bürgerschaftlichen Potenziale in Zülpich bei der Prioritätensetzung der investativen Haushaltsmittel zu nutzen, setzt sich die JA daher für einen sog. Bürgerhaushalt in Zülpich ein. Hierbei werden auf regionalen Versammlungen (Kernstadt und den jeweiligen Ortschaften) nach vorheriger Information durch die Verwaltung Grundsatzentscheidungen bezüglich der Haushaltsaufstellung gefällt. Dies betrifft die Prioritätensetzung im städt. Bereich bezüglich der Investitionen. So obläge es nach diesem Modell der Bürgerschaft abzuwägen, ob Finanzmittel beispielsweise vorrangig in Straßenbau, Jugendbereich, Schulinvestitionen oder ein Investitionsprogramm am Wassersportsee fließen würden. Die Mittelvergabe wäre so transparent und demokratisch nach dem Bürgerwillen zu gewährleisten. Große Fehlinvestitionen wären weniger schnell möglich und die Politik wäre gezwungen, stärker den Interessen der Bürgerschaft auch zwischen den Wahlen Folge zu leisten. Das Projekt Bürgerhaushalt stammt aus Porto Alegre, Brasilien (von der UNO als demokratischste Stadt der Welt ausgezeichnet) und findet auch international (Barcelona, Paris-St. Denis) und in der Bundesrepublik immer mehr Nachahmer – so fördert das Innenministerium NRW Modellversuche in Kooperation mit der Bertelsmannstiftung. Zülpich sollte diese Möglichkeit der Demokratisierung wahrnehmen und in Zusammenarbeit mit verschiedensten Initiativen (MAK etc.), den Schulen und allen interessierten Bürgern eine Belebung der politischen Kultur jenseits ferner Ratssitzungen vollziehen.